



Parlamentarischer Vorstoss

Antwort des Regierungsrates

Vorstoss-Nr.:	211-2024
Vorstossart:	Interpellation
Richtlinienmotion:	☐
Geschäftsnummer:	2024.RRGR.286
Eingereicht am:	10.09.2024
Fraktionsvorstoss:	Nein
Kommissionsvorstoss:	Nein
Eingereicht von:	Saïd (Biel/Bienne, SP) (Sprecher/in)
Weitere Unterschriften:	0
Dringlichkeit verlangt:	Nein
Dringlichkeit gewährt:	
RRB-Nr.:	199/2025 vom 26. Februar 2025
Direktion:	Bildungs- und Kulturdirektion
Klassifizierung:	Nicht klassifiziert

Prävention und Bekämpfung von Mobbing in der Schule

Verschiedenen Studien zufolge sind in der Schweiz rund 10 Prozent aller Schülerinnen und Schüler von Mobbing in der Schule betroffen. Dieses Problem ist nicht neu, hat sich aber mit der Entwicklung von sozialen Netzwerken und der Verbreitung von Smartphones exponentiell entwickelt. Insbesondere Cybermobbing verwandelt diese Form der Gewalt in eine allgegenwärtige Realität, die keine zeitlichen oder geografischen Grenzen mehr kennt. Schülerinnen und Schüler können daher jederzeit, Tag und Nacht, verbalen, physischen oder psychologischen Angriffen ausgesetzt sein. Dieses Phänomen hat verheerende Folgen, die von einer Herabsetzung des Selbstwertgefühls bis hin zu schweren psychologischen Störungen wie Depressionen, antisozialem Verhalten und sogar Selbstmordgedanken reichen. Mobbing unter Schülerinnen und Schülern ist einer der Faktoren, die zu Selbstmord führen können, der häufigsten Todesursache bei Jugendlichen über 16 Jahren.

Während Frankreich den Kampf gegen Mobbing in der Schule zur nationalen Priorität erklärt hat, haben einige Schweizer Kantone, wie Genf, Notfallmassnahmen ergriffen. Im Wallis wurde ein kantonaler Aktionsplan gegen Mobbing unter Schülerinnen und Schülern verabschiedet. Er basiert auf fünf Schwerpunkten: Sensibilisierung, Prävention, Intervention, Schulung und Beurteilung. Er umfasst spezifische Massnahmen, wie die Ausbildung von Lehrpersonen und die Einrichtung von Interventionsstellen. Darüber hinaus gibt es Instrumente wie die Schulmediation oder vertrauliche Dialogplattformen, die es Opfern und ihren Familien ermöglichen, sich auszudrücken und Hilfe zu finden.

Da die Schulen im Kanton Bern im Zuständigkeitsbereich der Gemeinden liegen, werden die Massnahmen zur Prävention und Bekämpfung von Schulmobbing unterschiedlich umgesetzt. Daher müssen die aktuellen Massnahmen hinterfragt und die Notwendigkeit eines Aktionsplans auf kantonaler Ebene geprüft werden, um eine koordiniertere und effektivere Reaktion auf dieses wachsende Problem zu gewährleisten.

Der Regierungsrat wird um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Verfügt der Regierungsrat über aktuelle Statistiken über das Ausmass von Schulmobbing im Kanton Bern, insbesondere über Cybermobbing, das durch die Nutzung von sozialen Netzwerken zugenommen hat?
2. Welche Massnahmen werden derzeit im Kanton Bern zur Bekämpfung von Schulmobbing und Cybermobbing ergriffen? Werden diese Massnahmen einheitlich in allen Schulen umgesetzt?
3. Welche spezifischen Sensibilisierungs- und Schulungsmassnahmen werden Lehrkräften und Schülerinnen und Schülern angeboten, um Schulmobbing besser zu verstehen und zu bekämpfen? Ist es geplant, diese Massnahmen zu verstärken, um das Lehrpersonal besser darauf vorzubereiten, wirksam zu reagieren?
4. Hält es der Regierungsrat für sinnvoll, ein Programm für Eltern einzurichten, um sie darin zu schulen, Anzeichen von Mobbing bei ihren Kindern zu erkennen und darauf zu reagieren?
5. Könnte der Regierungsrat die Einrichtung einer Dialogplattform, z. B. in Form eines Telefondienstes oder einer App, in Erwägung ziehen, die zugänglich und vertraulich ist und auf der Mobbingopfer und ihre Angehörigen Hilfe erhalten und Mobbingfälle anonym melden können?
6. Ist die derzeitige Prävention gegen Mobbing an Schulen nach Ansicht des Regierungsrats angemessen? Wenn nicht, welche anderen Massnahmen könnten in Betracht gezogen werden?

Antwort des Regierungsrates

Der Regierungsrat beantwortet die Fragen des Interpellanten wie folgt:

1. *Verfügt der Regierungsrat über aktuelle Statistiken über das Ausmass von Schulmobbing im Kanton Bern, insbesondere über Cybermobbing, das durch die Nutzung von sozialen Netzwerken zugenommen hat?*

Der Regierungsrat verfügt über eine kantonale Statistik zum Mobbing in der Volksschule resp. Cybermobbing. Die HBSC-Studie befragte im Jahr 2022 Schulkinder der 5. bis 9. Klasse nach deren Gesundheit und Lebensstil¹. Die kantonalen Auswertungen 2022 zeigen im Bereich von Mobbing in der Volksschule:

- Der Anteil der 11- bis 15-Jährigen, die in den letzten Monaten mindestens einmal von Mobbing betroffen waren, beträgt 22%.
- Mädchen sind im Durchschnitt häufiger von Mobbing betroffen als Jungen.
- Die jüngeren Kinder (11- bis 13-jährig) sind eher häufiger betroffen als die älteren.
- Die Prävalenz von Mobbing war bei den 11-jährigen Jungen am höchsten (28% wurden in den letzten Monaten mindestens einmal gemobbt).

¹ Balsiger, N., Meier, E., Schmidhauser, V. & Delgrande Jordan, M. (2023). *Befragung zum Gesundheitsverhalten von 11- bis 15-jährigen Schülerinnen und Schülern - Deskriptive Statistik der 2022 erhobenen Daten des Kantons Bern*. Lausanne: Sucht Schweiz.

Im Bereich des Mobbing online zeigt sich:

- Die Prävalenz ist in allen Altersgruppen tiefer als beim Mobbing in der Schule. Durchschnittlich waren 10% der 11- bis 15-Jährigen in den letzten Monaten mindestens einmal von Mobbing betroffen.
- Mädchen sind in allen Altersgruppen stärker betroffen als Jungen.
- Mobbing online ist in allen Altersgruppen ungefähr gleich häufig. Am häufigsten waren 12-jährige Mädchen betroffen.

Statistiken zum Ausmass von Mobbing oder Cybermobbing im Kanton Bern zwischen älteren Jugendlichen, d.h. Schülerinnen und Schülern der Sekundarstufe II, sind dem Regierungsrat keine bekannt.

2. *Welche Massnahmen werden derzeit im Kanton Bern zur Bekämpfung von Schulmobbing und Cybermobbing ergriffen? Werden diese Massnahmen einheitlich in allen Schulen umgesetzt?*

Die Prävention von Mobbing ist im Lehrplan 21 und im Plan d'études romand (PER) verankert. In verschiedenen Fachbereichen, z. B. «Natur Mensch Gesellschaft» oder «Bewegung und Sport», werden soziale Kompetenzen, wie Abmachungen einzuhalten, Kritik mitzuteilen oder Konflikte zu lösen, thematisiert und geübt. Schülerinnen und Schülern wird vermittelt, wie sie sich in andere Menschen hineinversetzen, ihre Gefühle respektieren und sich für andere einsetzen können. Sie lernen, sich abzugrenzen und eigene Bedürfnisse wahrzunehmen.

Im Schuljahr 2022/23 boten 235 Gemeinden im Kanton Bern eigenständig oder im Verbund Schulsozialarbeit an. 90% aller Schülerinnen und Schüler des Kantons Bern haben somit Zugang zu diesem Angebot. Die Schulsozialarbeit ist niederschwellig und leistet einen grossen Beitrag an die Prävention und Früherkennung von Mobbing.

3. *Welche spezifischen Sensibilisierungs- und Schulungsmassnahmen werden Lehrkräften und Schülerinnen und Schülern angeboten, um Schulmobbing besser zu verstehen und zu bekämpfen? Ist es geplant, diese Massnahmen zu verstärken, um das Lehrpersonal besser darauf vorzubereiten, wirksam zu reagieren?*

Im Kanton Bern stehen den Schulen verschiedenste Angebote zur Verfügung, welche der Prävention von Mobbing dienen. Die folgende, nicht abschliessende, Aufzählung führt breit genutzte und teilweise durch den Kanton unterstützte Angebote auf:

Die Pädagogische Hochschule Bern (PHBern) bietet Beratungen und Weiterbildungen sowie verschiedene Unterrichtsmaterialien zum Thema Toleranzförderung an («gemeinsam gegen Mobbing»). Lehrpersonen erfahren in der Weiterbildung, wie sie Mobbing in der Klasse vorbeugen und erkennen können und dagegen intervenieren. Die Haute École Pédagogique (HEP) BEJUNE bietet für die Lehrpersonen und Schulteams Intervision und Supervision an (individuell oder in Gruppen).

Die Kantonspolizei Bern hat im November 2024 gemeinsam mit der Bildungs- und Kulturdirektion (BKD) die Kampagne «hatecrime» gegen Hass lanciert (gemeinsame Medienkonferenz der Bildungsdirektorin und des Sicherheitsdirektors vom 12. November 2024). Es ist ein gemeinsames Commitment, welches zusammen mit über 30 Religionsgemeinschaften, unabhängigen Organisationen, Behörden, Bildungsinstitutionen und weiteren Partnerinnen und Partnern erarbeitet worden ist und auf dessen Basis das Thema in den Schulen vertieft werden kann. Dazu ste-

hen verschiedene Unterrichtsmaterialien zur Verfügung. Zudem wurden Empfehlungen erarbeitet, die helfen, sich auf mögliche Vorfälle vorzubereiten, die Handlungsmöglichkeiten im Falle von Hass, Gewalt und Diskriminierung aufzeigen.

Im Rahmen des flächendeckenden Präventionsunterrichts an Schulen führt die Kantonspolizei Bern die Module «Digitale Medien», «Gewalt in Schule und Freizeit», «Gemeinsam gegen Gewalt» ab der 6. Klasse durch. Mobbing/Cybermobbing steht dabei explizit im Fokus. Der polizeiliche Präventionsunterricht hat zum Ziel, den Schülerinnen und Schülern die rechtlichen Rahmenbedingungen aufzuzeigen, sie für mögliche Gefahren zu sensibilisieren, die Reflexion zur eigenen Rolle in Mobbing-Situationen zu fördern und auf Hilfsangebote hinzuweisen. Die Eltern bzw. Erziehungsberechtigten werden bei diesem Präventionsunterricht miteinbezogen.

Bei konkreten Vorfällen bietet die Kantonspolizei Bern auch ein spezifisches Präventionsmodul «Mobbing / Cybermobbing» an. Dieses wird unter Einbezug von Schulleitung, Schulsozialarbeit und Erziehungsberechtigten durchgeführt. Zudem sensibilisiert die Kantonspolizei Bern im Rahmen des Aus- und Weiterbildungsangebots der PHBern angehende und erfahrene Lehrpersonen in Bezug auf die Herausforderungen im Zusammenhang mit Digitalen Medien im Schulumfeld.

Allen Schulen im Kanton steht das digitale Krisenmanagement-Tool KRISENKOMPASS®-Schule zur Verfügung. Dieses beinhaltet insbesondere die Analyse individueller Risiken im Schulalltag mit Bewertung durch ein Ampelsystem und anschliessender Empfehlung von organisatorischen und personellen Massnahmen, Schutz- und Einsatzkonzepte zur Vorsorge und Planung, edukativ aufbereitete Checklisten zur Ereignisbewältigung während und nach einer Krise und Beispiele von Ereignisbewältigungen zu Schulungszwecken.

Die Stiftung Berner Gesundheit schult, unterstützt, berät und begleitet Lehrpersonen bei Mobbingvorfällen. Sie stellt den Schulen den Klima-Check (SiS-Methodik) und die Merkblätter «Konflikt oder Mobbing» und «Ausgespielt» zur Verfügung.² Im französischsprachigen Kantonsgebiet führt Berner Gesundheit das Präventionsangebot «Climat scolaire», in dem das Klassenklima gefördert wird und das somit einen präventiven Beitrag gegen Mobbing leistet.

Das Projekt #standup ist eine gemeinsame Initiative von Pro Juventute, der Gesundheitsstiftung RADIX, des Verbands Schulleiterinnen und Schulleiter und des Schulsozialarbeitsverbands. Im Rahmen von #standup führen die Schulen einen Schulentwicklungsprozess zur Prävention und Intervention bei Mobbing durch. Schulleitungen, Lehrpersonen und Schulsozialarbeitende erarbeiten gemeinsam Massnahmen und Instrumente gegen Mobbing an der Schule.

Im französischsprachigen Kantonsgebiet haben die Schulen die Möglichkeit, Angebote für die Prävention von Mobbing und die Stärkung des Selbstbewusstseins zu nutzen. Diese können sie im Rahmen der «leçons ponctuelles supplémentaires» finanzieren. Das Programm Tatou zum Beispiel setzt sich dafür ein, dass Menschen nicht diskriminiert werden, fördert die Akzeptanz und den gegenseitigen Respekt. Die Schulen können sich ebenfalls vom Centre ACCES oder der Berner Gesundheit bei der Umsetzung des «No Blame Approach» («méthode de la préoccupation partagée» MPP) beraten und begleiten lassen. An vielen Schulen im französischsprachigen Kantonsgebiet arbeiten zudem Fachpersonen in der Schulmediation.

Momentan ist keine Verstärkung der Sensibilisierungs- und Schulungsmassnahmen geplant.

4. *Hält es der Regierungsrat für sinnvoll, ein Programm für Eltern einzurichten, um sie darin zu schulen, Anzeichen von Mobbing bei ihren Kindern zu erkennen und darauf zu reagieren?*

² [Angebot - Berner Gesundheit](#)

Die Stiftung Berner Gesundheit unterstützt, berät und begleitet Eltern bei der Früherkennung und der Frühintervention. Im Merkblatt «Konflikt oder Mobbing» wird aufgezeigt, wie Eltern vorbeugen, erkennen, ansprechen und handeln können und wo sie weitere Unterstützung erhalten. Auch Pro Juventute bietet Informationen und Hilfsangebote für Eltern an. An Elternabenden sensibilisieren Schulsozialarbeiter und Schulsozialarbeiterinnen die Eltern über die Anzeichen von Mobbing bei Kindern und Jugendlichen. Eltern können sich ausserdem bei der regional zuständigen Erziehungsberatungsstelle melden und erhalten Beratung durch Kinder- und Jugendpsychologen und -psychologinnen.

5. *Könnte der Regierungsrat die Einrichtung einer Dialogplattform, z. B. in Form eines Telefondienstes oder einer App, in Erwägung ziehen, die zugänglich und vertraulich ist und auf der Mobbingopfer und ihre Angehörigen Hilfe erhalten und Mobbingfälle anonym melden können?*

Der Regierungsrat ist der Meinung, dass die Angebote für Betroffene von (Cyber-)Mobbing möglichst niederschwellig sein sollen. Die kontaktierte Fachperson soll im besten Fall eine bereits bekannte und vertraute Person sein (z. B. aus dem Schulumfeld wie Schulsozialarbeitende). Schulen, die an der Initiative #standup mitmachen (siehe Frage 3) erhalten dabei auch Zugriff auf die digitale Meldeplattform von Pro Juventute, auf der die Schülerinnen und Schüler vertraulich eine Mobbingmeldung machen können. Diese gelangt an die Schulsozialarbeit der Schule, die ihrerseits gemäss Mobbing-Handlungsleitfaden Massnahmen ergreift.

Mögliche weitere anonyme Anlaufstellen, die bereits bestehen, sind die Website <https://be.feel-ok.ch> (kantonale Version der nationalen Plattform), die Dargebotene Hand unter der Telefonnummer 143 oder <https://www.147.ch> sowie die Website <https://www.projuventute.ch/>.

6. *Ist die derzeitige Prävention gegen Mobbing an Schulen nach Ansicht des Regierungsrats angemessen? Wenn nicht, welche anderen Massnahmen könnten in Betracht gezogen werden?*

Der Regierungsrat schätzt die derzeitige Prävention von Mobbing an den Volksschulen und auf der Sekundarstufe II als ausreichend ein. Sowohl den Volksschulen als auch den Mittel- und Berufsfachschulen steht ein breites Angebot an Materialien und Beratung u.a. der Kantonspolizei, der PHBern, der HEP BEJUNE, der Berner Gesundheit und weiterer Anbieter zur Verfügung (siehe Frage 3). In den meisten Gemeinden ist für die Volksschulen zudem die Schulsozialarbeit als niederschwellige Anlaufstelle bei Mobbing-Problematiken etabliert. Auf Sekundarstufe II gibt es an einzelnen Schulen Beratungsstellen, die bei Mobbing-Problematiken konsultiert werden können.

Verteiler

– Grosser Rat